

SVP Kanton Zug weist Integrationsgesetz zurück

Die Schweizerische Volkspartei des Kantons und Freistaates Zug (SVP Kanton Zug) lehnt in der regierungsrätlichen Vernehmlassung den Entwurf für ein Zuger Integrationsgesetz vollumfänglich ab und beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Aus Sicht der SVP besteht keine bundesrechtliche Pflicht, ein besonderes Integrationsgesetz zu erlassen, handelt es sich doch bei der Integration um eine Querschnittsaufgabe, die vor allem über bestehende Strukturen erfolgen soll (Botschaft des Bundesrates über das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer vom 8. März 2002, BBl 2002 3709, 3800).

Integration in die schweizerische Gesellschaft soll die persönliche Verantwortung jedes einzelnen Neuzuzügers aus dem In- oder Ausland bleiben. Eltern sind diesbezüglich für ihre Kinder vollumfänglich verantwortlich.

Es gilt der Grundsatz der unbedingten Eigenverantwortung. Es ist nicht Staatsaufgabe, Ausländern, ihren Angehörigen und Familien Sprachkurse, den Integrationsknighte usw., wie vorgeschlagen, zu bezahlen. Es muss ausnahmslos verlangt werden, dass sich die Ausländer den Regeln und Gegebenheiten hier im Kanton Zug aus eigenem Antrieb anpassen. Sie kommen ja auch aus eigenem Antrieb hierher. Jedem Schweizer, der im Ausland freiwillig oder aus beruflichen Gründen neu beginnen muss, wird dies auch selbstverständlich zugemutet. Wer diesen Grundsatz nicht akzeptieren kann, soll unser Land wieder verlassen und nach Hause gehen. PD

Zug, den 3. April 2011

Für Rückfragen:

Manuel Brandenberg
Präsident SVP Kanton Zug
076 411 01 21

Thomas Wyss
Leiter Medien und Kampagnen
SVP Kanton Zug
079 33 44 652